

Antrag

**der Abgeordneten Silke Seif, Birgit Stöver, Dennis Thering, Dennis Gladiator,
Stephan Gamm (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Minderjährigen ukrainischen Flüchtlingen in Kita und Schule einen
sicheren Hafen bieten – Diskriminierung russischer Kinder und Jugend-
licher in Hamburg begegnen**

Unsere volle Solidarität gilt den Ukrainerinnen und Ukrainern, die unter dem verbrecherischen Angriffskrieg Putins leiden. Viele Menschen, insbesondere Frauen und Kinder, fliehen vor Krieg, Terror und Vertreibung. Die Kleinsten leiden ganz besonders unter den Folgen. Hamburg muss für minderjährige ukrainische Flüchtlinge ein sicherer Hafen sein. Kitas und Schulen müssen hierfür jetzt optimal vorbereitet werden.

Doch zwei Jahre Corona-Pandemie mit allen damit einhergehenden Herausforderungen und vielfach überbelegten Kitas und Schulen stellen alle Beteiligten vor große Herausforderungen: Ein schlechter Personalschlüssel in Hamburgs Kitas, fehlende Kitaplätze, Personalmangel in Kita und Schule sowie vielfältige Folgen der Corona-Pandemie sowohl im schulischen als auch sozial-emotionalen Bereich stellen keine gute Ausgangslage dar. Das ist enttäuschend und frustrierend.

Hinzu kommt die häufig wahrnehmbare ablehnende Haltung gegenüber russischen Kindern und Jugendlichen, die hier geboren sind beziehungsweise schon lange in Hamburg leben und nichts für den Angriffskrieg Putins können. Auch die Antirassismus-Beauftragte der Bundesregierung berichtet von Beleidigungen von Kindern in Kita und Schule (vergleiche <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-03/antirassismus-diskriminierung-deutschland-russen>).

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass insbesondere die Kinder und Jugendlichen aus Krisen- und Kriegsgebieten eine behutsame, alters- und situationsgerechte Betreuung und Begleitung benötigen, und auch die russischen Kinder und Jugendlichen an Hamburgs Kitas und Schulen dürfen nicht die Leidtragenden sein. Deshalb ist es zwingend geboten, bereits jetzt und gemeinsam mit allen demnächst zuständigen und verantwortlichen Akteuren konkret zu planen, wie eine Betreuung von Kita-Kindern und eine Beschulung von schulpflichtigen Kindern in Hamburg organisiert werden kann. Hierbei gilt es, eine Arbeitsgruppe bestehend aus ukrainischen Verantwortlichen sowie Experten aus allen Bereichen der Flüchtlingshilfe, der Demokratiebildung, der Aus- und Fortbildung von Kita-Beschäftigten und des Landesinstitutes für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) einzusetzen.

Bisher fehlt seitens des rot-grünen Senates ein schlüssiges Konzept, wie die Betreuung und Beschulung von minderjährigen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine in Hamburg organisiert wird.

Bei allen künftigen Maßnahmen sowie einer weiteren Konkretisierung der Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK-Klassen) muss Rot-Grün die enge Abstimmung mit den ukrainischen Verantwortlichen suchen. Neben einem auf Integration ausgerichteten Bildungsangebot sollen in der Zusammenarbeit mit den ukrainischen Bildungsbehörden Angebote für ukrainischen Distanzunterricht organisiert werden. Die dafür nötigen Voraussetzungen sind durch die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu schaffen. Um schnellstmöglich ein Unterrichtsangebot zu unterbreiten, soll eine

Beschulung der ukrainischen Kinder und Jugendlichen – wenn es gewünscht wird – auch am Samstag an Hamburgs Schulen ermöglicht werden. Hierfür müssen die entsprechenden Räumlichkeiten bereitgestellt werden. Es ist zudem zu überprüfen, wie ukrainische Lehrkräfte in Hamburg eingesetzt werden können, um eine unter den aktuellen Rahmenbedingungen bestmögliche Beschulung zu gewährleisten. Dies kann einerseits den Kindern und Jugendlichen ein Stück Heimat und Vertrautheit in der Fremde vermitteln und andererseits die Schulen in Deutschland durch die Unterstützung aus dem Heimatland der Kinder und Jugendlichen entlasten. Laut der ukrainischen Generalkonsulin Iryna Tybinka ist ein solcher Distanzunterricht im Interesse des ukrainischen Bildungsministeriums und stehen die dafür erforderlichen technischen und didaktischen Voraussetzungen auf ukrainischer Seite bereit, sodass einer raschen Umsetzung auch schon vor dem Einsetzen der Schulpflicht nichts im Wege stehen sollte.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. einen zentralen Fahrplan für die Begleitung, Betreuung und Beschulung Minderjähriger aus der Ukraine aufzustellen;
2. bei allen künftigen Maßnahmen und der Konkretisierung der Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK-Klassen) die enge Abstimmung mit den ukrainischen Verantwortlichen zu suchen sowie die Reaktivierung der IVK-Klassen angepasst an die steigenden Bedarfe vorzunehmen;
3. neben einem auf Integration ausgerichteten Bildungsangebot in der Zusammenarbeit mit den ukrainischen Bildungsbehörden Angebote für ukrainischen Distanzunterricht zu organisieren;
4. wenn gewünscht, eine Beschulung der ukrainischen Kinder und Jugendlichen auch am Samstag an Hamburgs Schulen zu ermöglichen und hierfür die entsprechenden Räumlichkeiten bereitzustellen;
5. in enger Abstimmung mit dem Generalkonsulat zu prüfen, wie ukrainische Lehrkräfte eingesetzt werden können;
6. eine Arbeitsgruppe bestehend aus ukrainischen Verantwortlichen sowie von Experten aus allen Bereichen der Flüchtlingshilfe, der Demokratiebildung, der Aus- und Fortbildung von Kita-Beschäftigten und des Landesinstitutes für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) einzusetzen;
7. der Bürgerschaft bis zum 15. Mai 2022 zu berichten.